

GENDER MAINSTREAMING

# Kommunale Geschlechterdemokratie



Kommunale Geschlechterparität scheint weniger von Männern diskutiert zu werden. (Foto: Woxx)

**Das bestehende Ungleichgewicht zwischen Frauen und Männern in den lokalen Strukturen ist offensichtlich. Um dies zu verändern, sollen Gemeinden per Gesetz verpflichtet werden, auf das Gleichheitsprinzip zu achten.**

"1999 wurden nur 15 Prozent Frauen in die Gemeinderäte gewählt. Bei den letzten Gemeindewahlen waren es 20,6 Prozent", stellt Christine Doerner, Präsidentin des Conseil national des femmes (CNFL) fest. Auch in der Chamber hätten Frauen bei den letzten drei Wahlen nur 20 Prozent der Abgeordneter ausgemacht.

Was Doerner anhand dieser Zahlen deutlich macht, ist für die Luxemburger Gesellschaft paradigmatisch: Frauen sind als Trägerinnen gesellschaftlicher Funktionen auch in den Gemeinden nach wie vor unterrepräsentiert. Das bestätigt auch Jean-Pierre Klein, Präsident des Syndicat des villes et communes luxembourgeoises (Syvicol): "Noch immer gibt es vorgefasste Meinungen darüber, was Frauen in unserer Gesellschaft machen können und sollen."

Nicht nur was die Präsenz von Frauen und Männern in den Gemeindekommissionen oder beim Gemeindepersonal anbelangt, ist keine paritätische Aufteilung feststellbar. Auch der Stadtentwicklungsplan und Infrastrukturen wie Kindertagesstätten, Altersheime und Jugendhäuser sowie Freizeitaktivitäten der Gemeinde sind nach wie vor kaum an Kriterien einer gleichstellungsorientierten Politik organisiert. Diese Ungleichbehandlung spiegelt sich auch in der Budgetierung.

Um die Gemeinden zu neuen Initiativen zu bewegen, hatte das Chancengleichheits-Ministerium Anfang der Woche zu einer Konferenz "Réussir la politique d'égalité des hommes et des femmes dans les communes" ins Mamer Schloss geladen. Ziel der Initiative ist es, Indikatoren zu bestimmen, damit die Entwicklung der Gleichstellung in den Gemeinden gemessen und in einem weiteren

Schritt ein Aktionsplan entwickelt werden kann. Dabei ist die Herangehensweise weder kurzfristig angelegt noch auf Luxemburg beschränkt: Das Projekt wird finanziell von der europäischen Kommission unterstützt, um bis 2008 auf der Basis eines Erfahrungsaustausches mit Dänemark und Slowenien Kriterien auszuarbeiten, die dann auch von anderen EU-Ländern im Bereich der kommunalen Gleichstellungspolitik übernommen werden können.

## Nationale Unterschiede

"Gender Mainstreaming heißt die Methode, mittels derer die Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen durchzusetzen ist", erklärte Marie-Josée Jacobs, Ministerin für Chancengleichheit, anlässlich der Veranstaltung.

Der Begriff, der erstmalig 1995 auf der vierten UN-Weltfrauenkonferenz in Peking geprägt wurde, unterscheidet sich dabei von expliziter Frauenpolitik dadurch, dass alle Geschlechter gleichermaßen in die Konzeptgestaltung einbezogen werden sollen. Zwar hat Gender Mainstreaming aufgrund des Amsterdamer Vertrages von 1997 Eingang in die EU-Politik gefunden hat. Doch die konkrete Umsetzung bleibt den Nationalstaaten selbst überlassen. Diese gilt häufig als problematisch, da ohne entsprechendes Vorwissen die traditionellen Rollenerwartungen womöglich erneut reproduziert werden.

"Numerisch sind die bisherigen Erfolge in puncto Gleichstellungspolitik teilweise schwer zu messen. Immerhin haben heute 67 Gemeinden einen Chancengleichheitsdelegierten und 46 eine Gleichstellungskommission", weiß Doerner. Schon 1995 habe

der CNFL einen "Guide à l'égalité des chances entre femmes et hommes" ausgearbeitet, um die Gemeinden zur Benennung solcher Delegierten und Kommissionen zu ermutigen, die auf bestehende Ungleichgewichte zwischen Frauen und Männern aufmerksam machen sollen. Insbesondere die Gemeinden, die mit ihren politischen Strukturen nah am Bürger sind, können laut Doerner hier viel bewegen.

## Anleitung zur Chancengleichheit

"Die 'Charte européenne pour l'égalité des femmes et des hommes dans la vie locale', die 2006 in Innsbruck verabschiedet wurde, kann ein wirksames Instrument darstellen, um kommunale Gleichheitspolitik umzusetzen", glaubt Klein.

Die Charta richtet sich an alle lokalen Interessenten. Sie sieht ein öffentliches Bekenntnis des Gemeinderats zur Chancengleichheit vor, verbunden mit der paritätischen Besetzung der verschiedenen Gremien und des Personals. Die Gemeinde soll überdies ihre eigene Kommunikationspolitik auf Stereotype hin untersuchen. Diskriminierung - sowohl bei Gemeindeprozeduren als auch beim Budget - soll vermieden werden. Optimierte Verwaltungs- und Betreuungsstrukturen sollen es den Angestellten ermöglichen, berufliches und privates Leben besser miteinander zu verbinden. Syvicol will zukünftig jene Gemeinden unterstützen, die die Charta unterzeichnen: Bis Ende Juli soll ein Ratgeber herauskommen, der die Betroffenen beim Aufstellen eines Aktionsplans gemäß der Charta unterstützt.

Jedoch - wohl eines der bedeutendsten Ergebnisse der Konferenz in Mamer - soll die Umsetzung der Chancengleichheitspolitik den Gemeinden künftig nicht mehr nur optional getätigt werden: "Die Akteure vor Ort verlangen eine gesetzliche Festlegung von Chancengleichheit", so Maddy Mulheims, Conseillère de gouvernement im Chancengleichheitsministerium. Bisher sei keine bindende gesetzliche Basis vorhanden gewesen, die vorschreibt, dass jede Gemeinde einen Delegierten hat, eine Schöffenklärung macht, Gender Mainstreaming umsetzt, einen Aktionsplan mit vorgeschriebenen Maßnahmen und Zielen hat. "Das Gesetz kann die Basis sein und die Charta ein Instrument, um die Grundsätze umzusetzen", so Mulheims. Dabei gehöre Chancengleichheit zur globalen Politik und werde nicht über staatliche Subventionen geregelt. "Mit Subventionen würde man auch nicht das Bewusstsein bekommen, dass Gleichstellungspolitik eigentlich selbstverständlich sein müsste", meint Mulheims.

Selbstverständlich scheint diese in der Tat noch nicht - zumindest wenn man das Interesse an der Konferenz in Mamer als Maßstab nimmt: Bei der Konferenz waren letztlich nur 22 Prozent Männer vertreten.

Christiane Walerich

### Adoptionsrecht: Schelte aus Straßburg

Bei der Entscheidung über eine Adoption sollte das Kindeswohl der leitende Gedanke sein. Eine an sich unstrittige Prämisse, die aber recht verschieden ausgelegt werden kann. Auch erzkonservativ. Etwa hierzulande, wo es Unverheirateten und gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer nicht erlaubt ist, Kinder zu adoptieren. Was nur bedeuten kann, dass der Gesetzgeber Homosexuelle, Singles und - dieser Diktion folgend - in "wilder Ehe" lebende für nicht geeignet hält, den Bedürfnissen eines Kindes zu entsprechen. So diskriminierend diese Rechtsauffassung ist, so sehr geht sie an der gesellschaftlichen Realität vorbei. Dem hat nun auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Rechnung getragen, indem er die Luxemburger Gesetzgebung gleich dreifach zurechtwies. Die Straßburger Richter gaben am Donnerstag vergangener Woche dem Antrag einer unverheirateten luxemburgischen Mutter statt und verfügten, dass der Staat Luxemburg eine im Jahr 1996 auf peruanischem Boden vollzogene Adoption eines Kindes anerkennen muss. Die Behörden hatten dies unter Verweis auf das großherzogliche Adoptionsrecht stets verweigert; die Mutter musste regelmäßig eine neue Aufenthaltsgenehmigung für ihre Tochter beantragen. Laut EGMR verstieß dies nicht nur gegen den europäischen Harmonisierungsprozess, sondern vor allem gegen das Recht auf Respekt des Familienlebens sowie das Diskriminierungsverbot. Im Zuge des Urteils wurden Forderungen laut, die luxemburgische Rechtssprechung endlich anzupassen und das Adoptionsrecht auch für Alleinstehende und gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen. Andere erwähnten, die Klägerin sei schließlich auch vierfache leibliche Mutter und lebe in einer langjährigen Partnerschaft. Dieses Attest der "Normalität" scheint allerdings weniger geeignet, verkrustetes Denken aufzubrechen.

### Asyl: Im Prinzip sicher – praktisch tot

Immer dann, wenn die Liberalen sich dem Gedanken verpflichten, dass gute Gesetzgebung sich am Wohl und am Leiden des Einzelnen zu orientieren habe, der gegenüber der Masse nicht zur quantité négligeable werden darf, sind sie richtig sympathisch. So auch am vergangenen Dienstag, als Xavier Bettel anlässlich einer aktuellen Stunde zum Thema Asyl in der Chamber die Frage stellte, wie es denn um die Aussagekraft einer Liste so genannter "sicherer Staaten" bestellt sei. So seien etwa in Albanien Clankämpfe und Ehrenmorde gesellschaftliche Realität, und in Mali werde Homosexualität mit zwei Jahren Haft bestraft. Der Einwurf von Nicolas Schmit, im letztgenannten Fall sei immerhin die Rechtsstaatlichkeit gewahrt, zeugt vom Zynismus seiner Rechtsauffassung. Der Minister wies außerdem darauf hin, der Schutz vor Ehrenmorden sei nun einmal nicht Bestandteil der fürs Asylrecht ausschlaggebenden Genfer Konvention. Mache man die Praxis der "Vendetta" als Fluchtgrund geltend, kämen noch eine ganze Reihe von Ländern als "unsicher" hinzu. "Sicher" sind also weiterhin jene Länder, die "im Prinzip" als sicher gelten, wo "keine systematische Verletzung von Menschenrechten" zu verzeichnen ist. Zu schlechter Letzt gab Laurent Mosar freimütig zu, dass eine "nationale Liste" gegenüber einer EU-einheitlichen den Vorteil habe, dass man sich auf die Prüfung jener Länder konzentrieren könne, aus denen die Flüchtlinge hierzulande schwerpunktmäßig kommen.

## Technik-Zeitreise

Am Montag ist der woxx-Computerexperte zu einer längeren Erholungsreise in südliche Gefilde aufgebrochen. Damit hat er uns eine Zeitreise beschert. Freitags zuvor hatte er noch schnell das brandneue Betriebssystem OS-X Leopard installiert. Bereits am Dienstag weigerten sich mehrere Maschinen, zu starten. Notgedrungen installierten wir System 9.1 - ein Sprung zurück in das Jahr 2001. Weil die Umstellung auf den neuesten Macs nicht funktionierte, haben wir tags drauf die alten Kisten aus dem Keller geholt - mit System 7, erschienen 1993. Donnerstags crashte unsere DSL-Verbindung - seither pfeift das gute alte Modem wieder vor sich hin. Am Freitag schließlich legte eine vireninfiizierte Diskette die Layout-Maschine lahm. Die Zeitung wird nun wieder, wie 1988, auf einem Atari erstellt. Die Reise hat erst angefangen. LeserInnen, die eine gut erhaltene Schreibmaschine besitzen, dürfen sich gerne in der Redaktion melden.